

Arbeitsminister Heil stellt sich Schüler-Fragen

In der BBS 1 fordert Hubertus Heil angesichts der vielfältigen Herausforderungen zum Zusammenhalt auf

Reiner Albring

Gifhorn. Rund 100 Schüler und Lehrkräfte verschiedener Schulformen nutzten am Montag in der Gifhorne BBS 1 die Gelegenheit, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Fragen zu stellen. Die Politiklehrer der Berufsschule hatten den Abgeordneten aus dem Wahlkreis Peine/Gifhorn eingeladen. „Gemeinsam Zukunft bilden“, lautet das Motto an der BBS 1 und das war auch der Tenor, den Heil vor allem den Jugendlichen angesichts der zahlreichen Krisen und Probleme mit auf den Weg gab: „Wir müssen als Gesellschaft ein bisschen enger zusammenrücken.“

Was dazu der Staat beitragen kann, wollten zahlreiche Fragesteller vom 49-jährigen wissen. Wie beispielsweise aufgrund der stark steigenden Preise die Unterstützung für die Arbeitnehmer aussehe, wollte ein Schüler wissen. Dabei verwies Heil auf zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung, „die den Leuten das Leben leichter machen“. Er führte unter anderem das Neuen-Euro-Ticket, das bislang 31 Millionen Menschen gekauft hätten, das Energie-Geld in Höhe von 300 Euro, das die Arbeitnehmer am 1. September erhalten würden, und den Kinderzuschlag an.

„Das löst die Probleme aber nicht langfristig“, betonte der Sozialdemokrat mit Hinweis auf die von Bundeskanzler Olaf Scholz angestoßene konzentrierte Aktion mit Politik, Gewerkschaften und



Bundesarbeitsminister Hubertus Heil reichte in der Gifhorne BBS 1 einer Fragestellerin aus der Ukraine das Mikrophon.

REINER ALBRING / BZV

Arbeitgebern. Gleichwohl räumte er vor allem mit dem Blick auf den Krieg in der Ukraine ein: „Wir dürfen uns nichts vormachen, die Situation ist im Moment dramatisch. Bleibt das Gas der Russen aus, wissen wir nicht wie es danach weitergeht, es ist eine sehr schwierige Situation für viele Menschen, wir müssen gucken, dass man zusammenhält.“

Den Zusammenhalt beziehungsweise Solidarität forderte der Peiner auch gegenüber den Flüchtlingen ein. Einer ukrainischen Fragestellerin versicherte er, „wir kümmern uns weiter um Hilfe“. Bislang seien 900.000, zumeist Frauen und Kinder aus der Ukraine, in die Bundesrepublik geflüchtet. Für sie sei der Zugang zum Arbeitsmarkt geöffnet und sie seien ins Grundversicherungssystem übernommen worden.

Schwierigkeiten bereite mit Blick auf den Arbeitsmarkt insbesondere die Kinderbetreuung und die Anerkennung von Kompetenzen, aber auch die Wohnungsnot.

Aus der Runde der Fragesteller kam der Hinweis, dass es allerdings auch noch Flüchtlinge aus anderen Ländern gebe. „Jeder hat das Recht, anständig behandelt zu werden. Al-

Putin versucht, uns zu erpressen, daher müssen wir Druck auf Putin machen. Dafür zahlen wir als Gesellschaft einen hohen Preis.

Hubertus Heil Bundesminister für Arbeit und Soziales

lerdings hat diesmal Europa anders entschieden und alle europäischen Staaten haben sich bereit erklärt, Schutz zu gewähren. Wir müssen es jetzt besser machen als 2015“, sagte Heil.

Weitere Themenschwerpunkte des Austausches waren die Energieversorgung und der Klimaschutz. Auch hier spielte der von Russland entfachte Krieg in der Ukraine eine große Rolle. Ob denn ein Notfallplan bestünde, wenn die Russen kein Gas mehr liefern würden über Nord Stream 1, wollte ein Jugendlicher wissen. „Ich will niemanden Angst machen, aber das Energiethe-ma treibt die Bundesregierung um. Es ist eine Riesenaufgabe. Putin versucht, uns zu erpressen, daher müssen wir Druck auf Putin machen. Dafür zahlen wir als Gesellschaft einen hohen Preis und müssen zusehen, dass wir uns nicht spalten.“ Weltweit Gaasangebote erbitten und Energie sparen seien das Gebot der Stunde.